

Neues aus dem ver.di Landesbezirk Hessen

BLICKWINKEL

Im August 01/2024

ver.di



Ein hartes Stück Arbeit – aber geschafft: die Wicker-Kliniken gehen auf den Tarifvertrag öffentlicher Dienst zu.

Erfolgreiche Tarifbewegung

Wicker-Kliniken bald im TVöD

Es hat Wumms gemacht in Nordhessen. Noch im Januar waren sich die Kolleginnen und Kollegen an den weit im nördlichen Teil Hessens verstreuten Wicker-Kliniken einig: Da wird eine harte Nuss zu knacken sein. Sie hatten sich nichts Geringeres vorgenommen, als für die rund 4.000 nicht-ärztlichen Beschäftigten den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) im Unternehmen einzuführen. Bis dahin gab es gar keinen Tarifvertrag, die Löhne lagen im Schnitt rund 30 Prozent unter denen des TVöD. Die Geschäftsführung weigerte sich, Verhandlungen aufzunehmen. Sie weigerte sich grundsätzlich, mit ver.di zu sprechen. Mit dem Marburger Bund aber, der Gewerkschaft für die Klinikärzte gibt es seit 30 Jahren einen Tarifvertrag bei Wicker.

Auf die ersten Proteste der nicht-ärztlichen Beschäftigten hin versuchte die Geschäftsführung, an der Gewerkschaft vorbei, Gehaltserhöhungen mit dem Betriebsrat auszuhandeln. „Das ist natürlich maximale Provokation“, sagt der zuständige Gewerkschaftssekretär und Organisator der Tarifbewegung, Florian

Dallmann. „Denn die Aushandlung von Löhnen hat der Gesetzgeber den Gewerkschaften zugedacht und nicht den Betriebsräten. Wir haben reagiert und weiter für eine ordentliche Tarifverhandlung mobilisiert. Plötzlich kam eine regelrechte Bewegung auf, immer mehr Kolleginnen und Kollegen schlossen sich an. Wir streikten dreimal von Januar an, jeweils eintägig. Die Geschäftsführung blieb hart. Dann, Ende Mai riefen wir zu einem fünftägigen Streik auf. Wir machten sehr breit auf unser Anliegen aufmerksam, hielten dezentrale Kundgebungen ab, machten Demos, einmal sogar einen sehr coolen Flashmob auf dem Hessestag. In diesen fünf Tagen ging in den Kliniken nur sehr wenig. Wir waren stark, wurden immer mehr. Die Öffentlichkeit, die Patient*innen waren auf unserer Seite. Das brachte die Wende.“

Am 6. Juni konnte Florian Dallmann den Streikenden per Mega-phon die Botschaft überbringen. „Die Geschäftsführung hat eingelenkt. Wir werden in Verhandlungen gehen.“ Jubel, >

Rührung, Freude bei den Beschäftigten. Zu verhandeln war schwierig, aber von dem gemeinsamen Ziel geprägt, einen ersten Tarifabschluss zu erreichen. Tatsächlich haben sich die Parteien bereits nach drei Runden geeinigt.

Mehr Infos 

In den Verhandlungen herrschte eine unerwartet positive Atmosphäre, erzählt ver.di-Verhandlungsführer Stefan Röhrhoff: „Obwohl wir schwierig gestartet sind, ist es uns gelungen, ein vertrauensvolles Klima herzustellen und Verständnis füreinander zu entwickeln. Wer hätte das gedacht?“

Bereits im Herbst dieses Jahres soll es weitergehen. Dann beginnen die Gespräche darüber, wie die Annäherung an den TVöD ausgestaltet werden soll. „Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn die Beschäftigten nicht so kraftvoll für ihre Interessen eingestanden hätten“, sagt Florian Dallmann. Zusammenhalt macht stark. Der Satz ist so banal wie er wahr ist. 

Mehr zum Wicker-Konzern 



Kreativ war die Tariffbewegung an den Wicker-Kliniken. Hier ein mit viel Kostüm-Phantasie zelebrierter Trauermarsch. Zu Grabe getragen wurde die Betriebsvereinbarung Lohn und Gehalt 2024, welche die Geschäftsführung anstelle eines Tarifvertrags installieren wollte.



Inflationsausgleich und mehr Geld für hessische Landesbeschäftigte und Beamt*innen

Bald liegt das gedruckte Tarifwerk vor. Die Redaktionsverhandlungen werden voraussichtlich im September abgeschlossen sein. Die erste Zahlung des Inflationsausgleichs kam im Mai, die zweite im Juli, rechtzeitig vor dem Start der Sommerferien in Hessen. Im Besoldungsanpassungsgesetz steht geschrieben, dass Beamtinnen und Beamte die ersten 1.000 Euro im Juni erhalten sollten, die zweite Auszahlung dann gleich im Juli. Die letzte Teilzahlung in Höhe von 1.000 Euro erhalten dann alle im November. Die Tarifeinigung vom 15. März

sieht vor, dass es ab Februar 2025 einen Festbetrag von 200 Euro mehr für Alle gibt. Ab August erhöhen sich die Gehälter dann um weitere 5,5 Prozent. Auszubildende erhalten 1.500 Euro Inflationsausgleich, ihre Vergütungen steigen ab Februar 2025 um 100 Euro und ab August nochmal um 50 Euro. Beamtinnen und Beamte erhalten keinen Festbetrag im Februar, sondern eine Erhöhung ihrer Bezüge um 4,8 Prozent, was wir kritisch bewerten. Im August steigen ihre Bezüge dann nochmal, wie bei den Tarifbeschäftigten, um 5,5 Prozent. Im Bereich der >

Hochschulen konnten besondere Erfolge erzielt werden. So wurde vereinbart, dass es künftig mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal geben soll. Für Studierende wurden Mindestentgelt, Mindestbeschäftigung und Mindestvertragszeit verbindlich festgelegt. Beides steht zwar nicht im Tarifvertrag, sondern in einer schuldrechtlichen Vereinbarung. Die ist aber rechtlich ähnlich verbindlich.

Deutlich besser als in der vergangenen Tarifrunde war das Engagement der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Und das zum Beispiel durch Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die sich zeitlich begrenzt gewerkschaftlich engagieren wollen, hier für die Dauer der Tarifrunde. Sie bekamen Fortbildungen rund um das komplexe Thema Tarifverhandlungen und sie wurden besonders gründlich informiert über die jeweiligen Verhandlungsstände. Verhandlungsführerin Christine Behle erläuterte nach jeder wichtigen Sitzung die neuen Entwicklungen und erklärte das Vorgehen. Mit diesem Wissen konnten die Tarifbotschafter dann

am nächsten Tag in ihre Dienststellen gehen und waren gut gerüstet mit Informationen aus erster Hand.

Mehr zum Thema

Eine alte gewerkschaftliche Weisheit ist der Satz: „Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde.“ Er gilt immer, so auch diesmal. Der Tarifvertrag für die Landesbeschäftigten steht, nun geht es wieder in die Tarifrunde für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen, kurz TröD. Im Januar starten die Verhandlungen. Derzeit läuft die Forderungsdiskussion. Die offizielle Forderung wird am 9. Oktober in Berlin von der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst bekanntgegeben.

Was vorher in Hessen in Sachen Forderungsdiskussion läuft, könnt ihr hier nachlesen

Mehr zur TröD Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen 2025 (verdi.de) 

Wenig später: Kürzungen bei Hochschulen

In den gewerkschaftlichen Verhandlungskreisen herrschte große Zufriedenheit, was die Vereinbarungen für die Hochschulbeschäftigten und die studentischen Hilfskräfte angeht. Umso besorgter reagierten die Kolleginnen und Kollegen, als die Landesregierung ein paar Wochen nach Tarifverhandlungsende im Rahmen ihres Nachtragshaushalts die Zuschüsse für Hochschulen um 34 Millionen Euro kürzte. Für 2025 drohen weitere Kürzungen. Zugleich steigen die Kosten massiv. Der Sprecher der ver.di-Landesfachkommission Hochschulen, Mathis Heinrich von der Uni Marburg: „Die Sorge an den Hochschulen ist groß, dass dies zu Stellensperren, Schließung ganzer Abteilungen, weniger Leistungen in Forschung und Lehre führt. An Bildung und Wissenschaft zu sparen, ist das völlig falsche Signal. Die Beschäftigten und Studierenden aller hessischen Hochschulen halten zusammen, um diese Attacke auf unsere Zukunft abzuwehren.“ Am 18. Juli protestierten hessenweit gut 1.000 Hochschulbeschäftigte und Studierende gegen die

Kürzungen. „Das ist eine klare Botschaft an die Landesregierung: Die Studierenden und Hochschulbeschäftigten nehmen Kürzungen bei Bildung und Wissenschaft nicht hin, sie wehren sich gemeinsam“, erklärte Gabriel Nyc, der bei ver.di Hessen für Hochschulen zuständig ist. „Die Regierung muss ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag halten und für eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung sorgen.“

Wissenschaftsminister Timon Gremmels (SPD) stellte sich bei der Demonstration in Darmstadt der Kritik. „Wir haben dem Minister sehr deutlich gemacht, was wir von den Kürzungsplänen halten“, berichtete Johannes Reinhard, ver.di-Vertrauensleutesprecher an der TU Darmstadt. „Wir hoffen, dass der Minister es verstanden hat und in der Landesregierung für einen Kurswechsel sorgt. Andernfalls geht der Protest weiter.“ 



Nach mehr als einem Jahr

Tarifabschlüsse im Handel

Monatelang hatten sich die Verhandlungen zäh gezogen. Es gab Streiks, es gab Aktionen, es wurde gekämpft. Doch die Arbeitgeber im Handel blockierten. Zwischendrin fanden über Wochen gar keine Verhandlungen statt. In Spitzengesprächen wurde versucht, Bewegung in die Situation zu bringen. Ratlosigkeit und Frust bei den Kolleginnen und Kollegen. Schließlich schloss ein Bundesland nach dem anderen ab, auch Hessen. In ihren Pressemitteilungen und Kommentierungen machten die ver.di-Verhandelnden kein Hehl daraus, dass sie sich mehr erhofft hätten. Verhandlungsführer Marcel Schäuble zum Abschluss im Einzel- und Versandhandel am 7. Juni: „Wir haben um jeden Euro mehr gekämpft. Am Ende sind erst durch den Abschluss die bisher durch die Arbeitgeber getätigten Vorweganhebungen rechtssicher und Entgeltsteigerungen von 13,7 Prozent über 36 Monate vereinbart worden. Mit einer Inflationsausgleichsprämie ist ein weiteres Plus für die angespannten Haushalte der Beschäftigten ausgehandelt und auf lange Sicht noch die tarifvertragliche soziale Sicherheit durch einen höheren

Beitrag der Unternehmen für die Altersvorsorge verbessert. Unsere aktiven Kolleg*innen haben trotz heftiger Angriffe in den Betrieben monatelang mutig, ausdauernd und standhaft gekämpft. Ohne diese Stärke und Solidarität wäre vielleicht nur ein unterirdischer Tarifabschluss möglich gewesen.“ Kampfkraft und Energie bescheinigte der Fachbereichsleiter Handel auch den Beschäftigten des Groß- und Außenhandels und der Verlage. Er resümiert: „Doch sie stießen wie ihre Kolleg*innen im Einzel- und Versandhandel auf eine Mauer der

Ignoranz gegenüber ihren wirtschaftlichen und familiären Problemen durch die enorme Inflation, die steigenden Lebenshaltungskosten und ihr dauerhaft hohes Niveau. Zudem blockierten die Arbeitgeber*innen die Tarifrunde mehr als sechs Monate. Deshalb musste ver.di einen Kompromiss akzeptieren, mit dem sich die Unternehmen des Handels nicht durch besondere Fürsorgepflicht oder Entgegenkommen auszeichneten.“ ♦

Mehr zu den Tarifabschlüssen:

- Einzelhandel 
- Groß und Außenhandel/Verlage 
- Genossenschaftlicher Großhandel 



Gilt bald für alle in der Branche

Tarifvertrag Sicherheitsgewerbe Hessen

Alle Beschäftigten im hessischen Wach- und Sicherheitsgewerbe müssen künftig mindestens nach dem Tarifvertrag bezahlt werden, der im Frühjahr für das Gewerbe abgeschlossen wurde. Dafür hat der zuständige Tarifausschuss im hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales gestimmt. ver.di und die Landesgruppe Hessen des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft BDSW hatten das im März beantragt. Sobald die formale Zustimmung von Sozialministerin Heike Hoffman vorliegt und die Entscheidung im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, tritt die Allgemeinverbindlichkeit in Kraft. Sie gilt dann rückwirkend zum 1. Januar 2024.

In der hessischen Sicherheitsbranche sind rund 30.000 Menschen beschäftigt.

Der zuständige Gewerkschaftssekretär Guido Jurock: „Das ist ein großer Erfolg für diejenigen Beschäftigten in der hessischen Sicherheitsbranche, in deren Unternehmen keine Tarifverträge gelten. Sie können ihre Ansprüche dann geltend machen. Auf diese Weise wird dem unlauteren Wettbewerb durch Dumpinglöhne ein Riegel vorgeschoben.“

ver.di Hessen und die Landesgruppe Hessen des BDSW hatten sich im Februar auf den Tarifabschluss geeinigt. ♦

Mehr Infos  & 

Allgemeinverbindlichkeit

Allgemeinverbindlich heißt, ein Tarifvertrag gilt für die gesamte Branche. Beschäftigte dieser Branche haben Anspruch auf Bezahlung nach dem Tarif und können das auch einklagen. Es gilt also nicht nur für die Arbeitgeber und Beschäftigten, die als Tarifparteien in den jeweiligen Verbänden und Gewerkschaften organisiert sind. In Hessen entscheidet der Tarifausschuss im Sozialministerium darüber. Es muss allgemeines Interesse vorliegen, das per Antrag formuliert wird. In der Regel stellen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften diesen Antrag gemeinsam. Der Tarifausschuss im Sozialministerium entscheidet dann darüber. In Hessen ist neben dem Tarifvertrag für Friseur*innen (im Januar 2024 erneuert) noch der Manteltarifvertrag im Groß- und Außenhandel/in den Verlagen allgemeinverbindlich.

Stimmt die Sozialministerin dann dem Antrag zu, was als Formalie gilt, wird die Allgemeinverbindlichkeit im Bundesanzeiger veröffentlicht. Ab dann gilt sie offiziell.



Betriebsratswahlen bei Fraport geben zu denken

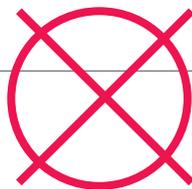
Völlig irritierend ist für den Fachbereich Verkehr, wie die Betriebsratswahlen beim Flughafenbetreiber Fraport ausgefallen sind. Völlig überraschend gehen 31 von 39 Sitzen im Arbeitnehmergremium an Beschäftigte der Fraport-Bodenverkehrsdienstleister-Tochter Fraport Ground Services (ehemals FraGround). Lediglich vier Sitze gehen an Beschäftigtenvertreter aus der Fraport-Mutterfirma. Im derzeitigen Betriebsrat sind es 35. Der zuständige Fachbereichsleiter Mathias Venema: „Dieses Ergebnis verwundert schon allein deswegen, dass diese Sitzverteilung nicht im Geringsten das zahlenmäßige Verhältnis der Beschäftigten von Fraport und Fraport Ground

Services widerspiegelt und auch nicht die Erfahrungen aus vorangegangenen Betriebsratswahlen. Gewählt wurde ein gemeinsamer Betriebsrat. Fraport hat 8.500 Beschäftigte, FraGround 4.500. Nun soll aber plötzlich der zahlenmäßig weitaus kleinere Betrieb fast 90 Prozent der Sitze gewonnen haben. Dies ist bei Lichte besehen erklärungsbedürftig.“

Beispielsweise haben sich bei der letzten Betriebsratswahl (im Jahr 2022) von den 8.500 Fraportbeschäftigten zirka 50 Prozent am Wahlvorgang beteiligt. Bei der Wahl Ende Juli lag die Wahlbeteiligung bei insgesamt 37 Prozent. Das entspricht >

zirka 2.900 Fraportstimmen. Somit ist es die niedrigste Wahlbeteiligung der Firmengeschichte. Insgesamt gab es aber nur 800 Stimmen für Fraport-Listen. Sollten tatsächlich die restlichen 1.900 Fraportbeschäftigten Kandidat*innen des Bodenverkehrsdienstleisters gewählt haben? „Wer die Verhältnisse am Frankfurter Flughafen ein bisschen kennt, merkt dabei auf“, sagt Venema. In der Vergangenheit wurden meist Kandidat*innen aus den jeweiligen Sparten wie Verwaltung, Feuerwehr, Bodenverkehrsdienste gewählt, welche die sehr spezifischen Interessen der Kolleg*innen vertreten sollten. Das soll alles plötzlich so nicht mehr sein?“

Den Kollegen war auch aufgefallen, dass gewohnte betriebsdemokratische Gepflogenheiten beim Wahlvorgang diesmal gefehlt haben. So waren beispielsweise die Wahlurnen bei der 4 Tage langen Wahl nachts im Vergleich zu früheren Wahlen nur unzureichend geschützt gewesen. Bei der Wahl Ende Juli hat



der Wahlvorstand außerdem nur zwei Wahllokale errichtet. Bei vorherigen Wahlen waren es viele. Beide Wahllokale waren zudem nur schlecht erreichbar gewesen. Eines davon war im Sicherheitsbereich und damit für tausende Beschäftigte nicht zugänglich.

Die Wahlzeiten seien stark eingeschränkt gewesen, es sei erst ab 16 Uhr oder am Wochenende geöffnet worden. „Das hat die Beteiligung von weiten Teilen der Beschäftigten enorm erschwert. Für so viele Beschäftigte und damit potentielle Wählerinnen und Wähler gab es in der Vergangenheit mindestens zehn Wahllokale mit langen Öffnungszeiten“, so Venema. „Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein hohes Gut, das unsere gewerkschaftlichen Vorfahren hart erkämpft haben. Wir sollten es schützen und pflegen. ver.di hat diesmal insgesamt verloren. Wir sind keine schlechten Verlierer, wenn es fair zugeht. Deshalb werden wir alles tun, um abzuklären, ob diese Wahl rechtmäßig gewesen ist.“ ♦



Mehr Geld am UKGM

Für die 7.000 nicht-ärztlichen Beschäftigten am Universitätsklinikum Gießen-Marburg UKGM gibt es seit Juni 200 Euro mehr Gehalt. Im September kommt bereits die nächste Lohnerhöhung. So sieht es der Tarifvertrag vor, den ver.di mit dem UKGM im März abgeschlossen hatte. Tabellenwirksame Erhöhungen von bis zu 15 Prozent, weitere Zulagen für belastende Arbeiten, die Fortführung des RMV-Tickets und eine Inflationsausgleichsprämie sind Teil des Gesamtpakets. Der zuständige Gewerkschaftssekretär Fabian Dzewas-Rehm: „Mit Streiks und viel Engagement konnte im Februar ein starkes Ergebnis erzielt werden: Überdurchschnittliche Lohnerhöhungen zeigen die Richtigkeit gewerkschaftlicher Organisation. So haben wir nach dem Tarifvertrag Entlastung den nächsten Schritt gemacht. Die Kolleg*innen schaffen es nach und nach, das Uniklinikum wieder zu einem attraktiven Arbeitsplatz zu machen.“ ♦

Mehr Info 





Mit der Zeit gehen – neu anmelden

Veränderungen beim Newsletter

Seit über drei Jahren bekommt ihr den Newsletter nun in dieser Form – per Mail. Wir bekommen viele Rückmeldungen seitdem, positiv wie negativ. Medien und Darstellungsformen sowie deren Nutzung entwickeln sich rasant. Deshalb schauen wir regelmäßig nach, ob wir noch nah genug dran sind an euch. Denn das Hauptziel dieses Newsletters ist es, die ver.di-Mitglieder aktuell zu informieren über das, was vorgeht in ihrer Gewerkschaft. Ältere haben sich grade mal dran gewöhnt, ihre Angelegenheiten per Mail zu regeln. Ins Mailfach gucken aber viele von den Jüngeren gar nicht mehr rein. Sie machen alles übers Handy, per Messenger. Der Landesbezirksvorstand hat dies diskutiert und beschlossen, das Info-Angebot für die Mitglieder zu vielfältigen. Künftig werden die Infos auf mehreren Wegen verbreitet: zum einen per Messenger-Kanälen und zum anderen per Mail. Der Mail-Newsletter wurde ein wenig modernisiert. So gibt es kein angehängtes Pdf mit mehreren Seiten mehr, sondern eine Mail mit Antexten und Links ins

Internet, so wie viele von euch das vom ver.di-Mitglieder-Newsletter aus Berlin kennen. Auch was den Versand angeht, machen wir vieles neu.

Wir wollen euch selbst entscheiden lassen, in welcher Form ihr Informationen von uns erhalten wollt. **Deshalb müsst ihr euch neu anmelden, egal für welchen Weg.** Ihr könnt euch für eine oder mehrere Zusendungsformen entscheiden. ♦

Hier geht's zur Anmeldung

WhatsApp-Kanal

Telegram-Kanal

Per Mail „Bitte Newsletter“ als Betreff



Schlau sein ist cool

Das Bildungsprogramm 2025 der ver.di Jugend Hessen

Im Bildungsprogramm für 2025 ist viel Bewährtes und Bekanntes enthalten. Der Klassiker „Gesellschaftspolitik“ ebenso wie Medienkunde im Seminar „Alles Fake News?“ Es geht um das Einmaleins von Tarifverträgen. Unserem Musikgeschmack geht ein weiteres Seminar auf den Grund: Woher kommt er, wie drückt er sich aus, was verrät er über uns und die Gesellschaft? Ein Basisseminar fragt „Was ist Feminismus?“ Die Kunst der eleganten Rede wird im Seminar „Argumentieren statt Resignieren“ eingeübt. „Im Maschinenraum der Politik“ vermittelt Kenntnisse über das politische System der Bundesrepublik. Es gibt wieder Grundlagenseminare über die Arbeit in den Jugendauszubildendenvertretungen (JAVs). Schließlich widmet sich ein Seminar den Organisationswahlen in ver.di, die ab kommendem Jahr auch wieder vorbereitet werden. ♦

Hier geht's zum Bildungsprogramm



Neue Tarife für 14.000 Beschäftigte im ÖPNV verhandelt

Im öffentlichen Personen-Nahverkehr haben sich sowohl die kommunalen Arbeitgeber als auch die privat betriebenen Unternehmen jeweils mit ver.di geeinigt. Beide Verhandlungen waren schwierig und zäh, bei den privaten Omnibusbetreibern wurde sogar die Schlichtung angerufen. Der Schlichterspruch wurde von der Tarifkommission angenommen. Es gibt einen Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro. Das Entgelt für die 6.000 Beschäftigten steigt in drei Stufen von jeweils 5 Prozent bis 1. Januar 2027. Verbesserungen gibt es bei den Zeitzuschlägen und bei der Pausenregelung. Beschäftigte aus Verwaltung und Werkstatt erhalten ab November 2025 auch die betriebliche Altersvorsorge. Ab 12 Dienstjahren gibt es einen zusätzlichen Urlaubstag. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 31. März 2027.

Bei den kommunal betriebenen Bahnen und Bussen mussten mit dem kommunalen Arbeitgeberverband Hessen fünf Runden

gedreht werden, um zu einem Tarifergebnis zu kommen. Es sieht umfangreiche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die rund 8.000 Beschäftigten des kommunal betriebenen öffentlichen Personen-Nahverkehrs in Hessen vor. ver.di-Verhandlungsführer Jochen Koppel: „Wir haben uns gegenseitig nichts geschenkt und so manches Mal sah es auf beiden Seiten nach Scheitern aus. Aber herausgekommen ist ein guter Kompromiss. Die Kolleg*innen sind deutlich aufgewertet.“

Die Änderungen umfassen die Arbeitszeit (unter anderem Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden), die Eingruppierung (unter anderem neue 6.Erfahrungsstufe) und die Entlohnung (unter anderem mehr Jahressonderzahlung, mehr Sonntagszuschlag). Die Tarifkommission beschloss eine Mitgliederbefragung und empfahl die Annahme. 66 Prozent der betroffenen Mitglieder stimmten dem Tarifergebnis zu. ♦

ver.di Hessen im Netz:

Homepage:	https://hessen.verdi.de
Facebook:	https://www.facebook.com/hessen.verdi
X (vormals twitter):	https://x.com/verdihessen
Instagram:	https://www.instagram.com/verdihessen/
Youtube:	https://www.youtube.com/channel/UC5mZteTYqduoFHUCXn8YAMQ

IMPRESSUM

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirksverwaltung Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt

Redaktion: Ute Fritzel **Grafik:** Elke Böhm **Bildnachweise:** Seite 1: André Schönewolf, Seite 2: Florian Dallmann; Fototeam Hessen/Reiner Kunze, Seite 3: Grafik ver.di; Katharina Lenuck, Seite 4: Grafik ver.di; Fototeam Hessen/Minoas Andriotis, Seite 5: Grafik ver.di Seite 6: Fabian Dzewas-Rehm, Seite 7: ver.di Jugend Hessen, Seite 8: Fototeam Hessen/Corinna Vahrenkamp